

Aufnahmestopp (siehe Abschnitt Personalplan) zurückzuführen. Außerdem werden in beiden Jahren Rücklagen von rund 40 Mio Euro in der UG 13 aufgelöst.

In der UG 11 Inneres kommt es in den Jahren 2014 und 2015 zu umfangreicheren Rücklagenaufösungen von 90,5 Mio Euro bzw 83 Mio Euro bei nur leicht ansteigendem Budget. Bis 2018 soll es 1.000 Planposten mehr im Exekutivbereich geben, die aber durch Einsparungen in der Verwaltung finanziert werden sollen (siehe Ausführungen im Abschnitt Personalplan).

In der UG 12 – Äußeres wandern ab 2014 die Integrationsagenden aus der UG 11 hin (22 Mio Euro). Die operativen Budgetmittel für die blamabel niedrigen Mittel der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) werden im Jahr 2015 massiv von 68 auf 52,8 Mio Euro gekürzt (und dies im Budgetbericht verschwiegen). Diese Kürzungen lehnt die Bundesarbeitskammer entschieden ab. Die Ausgaben für die Vertretungsbehörden wachsen in den nächsten beiden Jahren hingegen um 11,2 Mio Euro. 2014 und 2015 sind Auflösungen von Rücklagen (Stand Ende 2013: 104 Mio Euro) in Höhe von 18,3 Mio Euro bzw 10 Mio Euro geplant, die im Budget bereits veranschlagt wurden. Allen politischen Ansagen zum Trotz hat im Äußeren immer die EZA 100 % der Konsolidierung zu tragen. Die Vertretungsbehörden werden verschont, obwohl inzwischen parallel ein europäischer diplomatischer Dienst aufgebaut wurde.

UG 15 Finanzverwaltung: Der Personalabbau wurde partiell gestoppt, ab 2014 gibt es deutlich mehr Personal gegenüber dem alten Stellenplan (siehe Abschnitt Personalplan). Rücklagenaufösungen von 11,6 und 31,6 Mio Euro sind in den nächsten beiden Jahren in der Finanzverwaltung geplant.

## 5.2 Rubrik 2: Soziales

**Abbildung 24: Rubrik 2 Auszahlungen, in Mio Euro**

Auszahlungen des Bundes, in Mio Euro gemäß Budgetbericht	2013 BVA	2013 vorl. Erf.	2014 BVA-E	2015 BVA-E	2013 Vgl. Erf. zu BVA	2013-2015 absolut	2013-2015 in %
20 Arbeit	6.405,8	6.707,5	7.028,3	7.147,2	301,7	439,7	6,6%
21 Soziales und Konsumentenschutz	2.900,8	2.930,1	2.923,3	3.000,2	29,3	70,2	2,4%
22 Pensionsversicherung	9.966,2	9.793,1	10.194,0	10.680,0	-173,1	886,9	9,1%
23 Pensionen - BeamtInnen	8.693,9	8.611,1	8.973,6	9.288,4	-82,8	677,3	7,9%
24 Gesundheit	925,8	968,6	953,3	957,0	42,8	-11,6	-1,2%
25 Familien und Jugend*	6.566,4	6.570,3	6.805,4	7.023,5	3,9	453,2	6,9%
<b>Rubrik 2 - Arbeit, Soziales, Gesundheit u. Familie*</b>	<b>35.458,8</b>	<b>35.580,5</b>	<b>36.877,9</b>	<b>38.096,3</b>	<b>121,7</b>	<b>2.515,8</b>	<b>7,1%</b>

Quelle: BMF, eigene Berechnungen. \*Eingeschränkte Vergleichbarkeit durch Neuzusammensetzung dieser UGs per 1.3.2014.

Die Rubrik 2 ist die größte Rubrik, in der für 2014 36,9 Mrd Euro bzw 38,1 Mrd Euro vorgesehen sind. Gegenüber dem Jahr 2013 wird die Rubrik bis 2015 um 7,1 % steigen. Einzig die kleinste Untergliederung (Gesundheit) ist rückläufig. Hingegen soll die größte Untergliederung (Pensionsversicherung) um 9,1 % oder 886,9 Mio Euro wachsen.

### 5.2.1 UG 20 Arbeit

Der Untergliederung Arbeit steht ein Budget von über 7 Mrd Euro zur Verfügung. Gegenüber dem Jahr 2013 ist dies eine Steigerung von 6,6 %. Die Untergliederung Arbeit ist in zwei Globalbudgets aufgeteilt: Arbeitsmarkt und Arbeitsinspektion. Über 99 % der Gelder entfallen auf das Globalbudget Arbeitsmarkt. Beinahe  $\frac{3}{4}$  der Gelder sind variabel im Sinne des Bundeshaushaltsrechts. Diese variablen Mittel sind im Wesentlichen für die passive Arbeitsmarktpolitik (Arbeitslosenunterstützung) vorgesehen.

**Abbildung 25: Auszahlungen und Einzahlungen UG 20 Arbeit**

Untergliederung 20 Arbeit in Mio Euro gemäß Budgetbericht	2013 BVA	2013 vorl. Erf.	2014 BVA-E	2015 BVA-E	2013 Vgl. Erf. zu BVA	2013-2015 absolut	2013-2015 in %
Auszahlung 20 Arbeit	6.405,9	6.707,5	7.028,4	7.147,4	301,6	439,9	6,6%
Auszahlung fix	1.441,7	1.793,7	1.851,5	1.904,1	352,0	110,4	6,2%
Auszahlung var	4.964,1	4.913,7	5.176,8	5.243,2	-50,4	329,5	6,7%
Einzahlungen 20 Arbeit	5.351,8	5.852,8	6.034,6	6.282,2	501,0	429,4	7,3%

Quelle: BMF, eigene Berechnungen.

Laut den neuesten Prognosen des Wirtschaftsforschungsinstitutes (WIFO) ist für 2014 und 2015 eine Erholung der Konjunktur zu erwarten. Die Beschäftigungsdynamik nimmt zu, jedoch steigt die Arbeitslosigkeit weiterhin. Laut WIFO ist mit einer Arbeitslosigkeit von 8,1 % der Erwerbspersonen (nat. Definition) oder 314.200 Personen im Jahresdurchschnitt für 2015 zu rechnen. Dies ist trotz des Rekordhochs 2013 eine weitere Steigerung um 27.000 Personen.

Mit 7,3 % entwickeln sich die Einzahlungen in der UG 20 Arbeit dynamischer als die Auszahlungen. Bereits 2013 hat die bessere Entwicklung auf der Einzahlungsseite erlaubt, zusätzliche Maßnahmen um 352 Mio. Euro insbesondere für aktive und aktivierende Maßnahmen zu setzen.

**Abbildung 26: Arbeitslosigkeit in Österreich**

Arbeitslose Österreich	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Arbeitslose in Tsd.	222,2	212,3	260,3	250,8	246,7	260,7	287,2	306,2	314,2
Arbeitslosenquote nat. in %	6,2	5,9	7,2	6,9	6,7	7,0	7,6	8,0	8,1
Arbeitslosenquote EU in %	4,4	3,8	4,8	4,4	4,2	4,4	4,9	5,2	5,3

Quelle: BMF.

In den Detailbudgets des fast die gesamten Auszahlungen der UG 20 umfassenden Globalbudget 20.01 (Arbeitsmarkt) sind die Entwicklungen recht unterschiedlich: Während das Detailbudget „Aktive Arbeitsmarktpolitik“ (DB 20.01.02) um beinahe 10 % (100 Mio Euro) von 2013 auf 2015 zurückgeht, steigt jenes der Arbeitsmarktadministration im BMASK (DB 20.01.01) um fast 20 % (129 Mio Euro). Im Vollzug kann dies, wie die Vergangenheit gezeigt hat, dann deutlich anders sein. Größtes Detailbudget ist naturgemäß jenes der Leistungen (DB 20.01.03), indem steigende Auszahlungen (409 Mio) vorgesehen sind.

Um sich ein Bild über die Entwicklung bei der Aktiven bzw aktivierenden Arbeitsmarktpolitik zu machen, wird auf die Tabelle 13 im Budgetbericht verwiesen, da die Detailbudgets nicht mit dieser Darstellung korrespondieren. Leider ist sie auch nicht mit den Vorjahren vergleichbar, da sie erweitert wurde und neue Maßnahmen wie das Fachkräftestipendium oder auch die Beschäftigungsinitiative 50+ neu hinzugekommen sind. In Summe steigen die Mittel von 2013 bis 2015 um 10 %. Dies ist erfreulich, jedoch entspricht dies gerade der Entwicklung der Arbeitslosen und den zu erwartenden SchulungsteilnehmerInnen.

**Abbildung 27: Auszahlungen für aktive und aktivierende Arbeitsmarktpolitik, in Mio Euro**

Auszahlungen für AMP in Mio	2012	2013 vorl Erf	2014 BVA-E	2015 BVA-E	2013-2015 absolut	2013-2015 in %
aktive Arbeitsmarktpolitik	1.175	1.269	1.368	1.390	121	9,5%
aktivierende Arbeitsmarktpolitik	910	1.031	1.086	1.132	101	9,8%
Gesamt	2.085	2.300	2.454	2.522	222	9,7%
pro ArbeitsloseR bzw. KursteilnehmerIn aktive und aktivierende Mittel in Euro	6.370	6.376	6.362	6.357	-19	-0,3%

Quelle: Teilheft UG 20 und Budgetberichte 2014/2015, WIFO Prognose.

Das Leistungsniveau dürfte also gesichert sein, jedoch dringend notwendige Leistungsverbesserungen sind wohl kaum möglich. In den vergangenen Jahren wurde das Personal beim Arbeitsmarktservice aufgestockt, jedoch sind diese Steigerung zu gering, um den zunehmenden Andrang und die neuen Herausforderungen (Mindestsicherung, Umstellungen bei der Invaliditätspension) zu meistern. In manchen Bundesländern stehen pro Arbeitslosen und Monat unter 10 Minuten für persönliche Beratung zur Verfügung. Dies ist nicht ausreichend um Arbeitssuchende mit entsprechender Qualität zu betreuen und ihnen die notwendige Unterstützung zu geben, möglichst schnell gemäß ihren Qualifikationen wieder in den Erwerbsprozess zurückzukehren. Eine zusätzliche Aufstockung beim Personal wäre daher dringend notwendig.

Positiv erwähnt werden muss der inzwischen relativ hohe Mitteleinsatz für Aktive Arbeitsmarktpolitik im europäischen Vergleich. Ein Grund für die weitere Steigerung ist die Initiative für ältere ArbeitnehmerInnen. Hierfür sind bis zu 100 Mio Euro (2014), 120 Mio Euro (2015) und 150 Mio Euro (2016) vorgesehen. Unerfreulich in diesem Zusammenhang ist jedoch, dass die Mittel unter jenen des Regierungsübereinkommens liegen und es besteht das Problem, dass die Mittelverwendung zu stark determiniert ist. Dies verunmöglicht, dass sie regional adäquat eingesetzt werden können, was teilweise zu Mitnahmeeffekte führen wird. Im Bereich der Aktiven Arbeitsmarktpolitik sollte man in den kommenden Jahren sich auftuende Spielräume in Richtung Qualitätsverbesserung nutzen.

Die dringenden Verbesserungen bei den Leistungen der Arbeitslosenversicherung (variabler Teil) werden leider wieder nicht angegangen. Anpassungen wie die Erhöhung der Nettoersatzrate und der Notstandshilfe wären ein wichtiger Beitrag zur Armutsbekämpfung, von welcher insbesondere Frauen profitieren würden.

Jedenfalls gilt für die Arbeitsmarktpolitik, dass sie auf die tatsächliche Konjunktorentwicklung, insbesondere bei Krisen, rasch und pragmatisch im Sinne von Beschäftigungsstabilisierung und der Verhinderung von langen Arbeitslosigkeitsperioden zu reagieren hat. Dafür sind die notwendigen Mittel umgehend zur Verfügung zu stellen. Dass dies möglich ist, wurde in den Jahren 2009 und 2010 durch Maßnahmen wie zB Kurzarbeit eindrucksvoll unter Beweis gestellt.

## 5.2.2 UG 21 Soziales und Konsumentenschutz - Pflegeleistungen

Im Jahr 2015 steigen die Mittel der UG 21 gegenüber 2013 um 70,2 Mio Euro (+2,4 %). Größter Bereich ist das Pflegegeld, das seit 2012 beim Bund konzentriert ist. Auf Grund dieser Kompetenzbereinigung erfolgt eine Kostenerstattung durch die Länder und Gemeinden in Höhe der Kosten des Jahres 2010 (382,3 Mio Euro betraglich eingefroren bis zum Ende des Finanzausgleichs) für die Übernahme der LandespflegegeldbezieherInnen in Form von Kürzungen der Ertragsanteile der Länder.

In den Offensivmaßnahmen findet sich eine zusätzliche Dotierung des Pflegegeldes und der 24-Stunden-Pflege. Im Jahr 2018 wird das Budget für die Leistungen um 104 Mio Euro höher sein als im alten Finanzrahmen geplant war. Akkumuliert über die ganze Periode fallen Mehrkosten von insgesamt 311 Mio Euro an. Die Aufteilung der zusätzlichen Mittel zwischen den zwei Bereichen ist nicht aus den Unterlagen ersichtlich.

Das **Bundespflegegeld**, das an die SV-Träger im Jahr 2015 überwiesen wird, beträgt 2.306,2 Mio Euro. Die Auszahlungen beim Pflegegeld steigen damit gegenüber 2013 um 40,3 Mio Euro an. Zusätzlich wird noch in der UG 23 Pflegegeld für die Bediensteten in der Hoheitsverwaltung, ausgliederte Institutionen, Post, ÖBB und für die LandeslehrerInnen budgetiert. Diese Gelder werden mit 213 Mio Euro 2015 veranschlagt, was einer Steigerung um rund 6 Mio Euro entspricht.